

WILPF fordert sofortigen Waffenstillstand und Einhaltung des Völkerrechts

Am 2. März 2026 veröffentlichte die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (WILPF) eine dringende Erklärung als Reaktion auf die dramatische und tödliche Eskalation der Gewalt nach den militärischen Angriffen der Vereinigten Staaten und Israels gegen die Islamische Republik Iran.



Bildnachweis: WILPF

<https://www.wilpf.org/wilpf-calls-for-immediate-ceasefire-and-compliance-with-international-law/>

Erklärung: WILPF Internationales Sekretariat – 3. März 2026

In nur 48 Stunden ist die Region in eine gefährliche neue Phase der Feindseligkeiten gestürzt. Das Leben der Zivilbevölkerung wurde zerstört. Die regionale Stabilität wurde weiter untergraben. Und die internationale Rechtsstaatlichkeit steht vor einer weiteren schweren Bewährungsprobe. Wir laden Sie ein, [die vollständige Erklärung der WILPF](#) (englisch) zu lesen und sich gemeinsam mit uns für einen sofortigen Waffenstillstand und die Rechenschaftspflicht nach internationalem Recht einzusetzen.

Was ist passiert?

Eine gross angelegte Militäraktion richtete sich gegen die iranische Führung und Infrastruktur, einschliesslich der Ermordung des Obersten Führers Ali Khamenei sowie weiterer Amtsträger und Hunderter ZivilistInnen. Allein bei einem Luftangriff auf eine Mädchenschule in Minab sollen mehr als 100 Kinder und Lehrer ums Leben gekommen sein.

Als Reaktion darauf startete die iranische Regierung Raketen- und Drohnenangriffe, wodurch sich der Konflikt über die Grenzen des Iran hinaus ausweitete und die Zahl der Opfer auf allen Seiten stieg. Diese Eskalation folgt auf Jahre zunehmender Spannungen, Sanktionen,

Drohungen und früherer rechtswidriger Angriffe. Die aktuelle Krise ist kein Einzelfall, sondern Teil eines umfassenderen Musters von Militarismus und Straflosigkeit.

Warum dies wichtig ist

Das Völkerrecht ist eindeutig: Einseitige Militäroffensiven dieser Grössenordnung stellen Akte der Aggression dar. Die gezielte Bekämpfung eines Staatsoberhauptes und die Durchführung gross angelegter Angriffe ausserhalb des Rahmens der UN-Charta untergraben globale Normen und schüren weitere Instabilität.

WILPF warnt:

- Militarismus schafft keine Sicherheit – er verstärkt die Unsicherheit.
- Sogenannte „Präventivschläge“ und Regimewechsel verstossen gegen das Völkerrecht und untergraben die globale Rechenschaftspflicht.
- Vergeltungsmassnahmen festigen den Autoritarismus, schränken den zivilgesellschaftlichen Raum ein und schaden Frauenrechtsaktivistinnen und Friedensstifterinnen.
- Krieg kann weder Frauen noch anderen Menschen Befreiung bringen – insbesondere wenn er von militarisierten Staaten geführt wird, die für Menschenrechtsverletzungen bekannt sind.
- Auf Gewalt basierende Sicherheit ist fragil und trügerisch. Wahre Sicherheit muss entmilitarisiert sein und auf Rechtsstaatlichkeit beruhen.

Wichtige Punkte aus dem Aufruf von WILPF

WILPF fordert alle Parteien auf:

- die militärischen Angriffe unverzüglich einzustellen;
- diplomatischen Kanälen und regionalen Deeskalationsmechanismen Vorrang einzuräumen; und
- ihre Verpflichtungen gemäss der Charta der Vereinten Nationen, dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsnormen einzuhalten.

WILPF solidarisiert sich mit allen betroffenen zivilen Personen und bekräftigt: Militarisierte «Sicherheit» ist keine Sicherheit – sie führt bewusst von Grund auf zu Instabilität.